

Stand: 25.09.2025 06:11:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/164

"Münchner Kunstfund: Konsequenzen ziehen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/164 vom 03.12.2013
2. Beschluss des Plenums 17/230 vom 04.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 04.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Münchner Kunstfund: Konsequenzen ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- Ermittlungen einzuleiten, ob es im Zusammenhang mit dem Münchner Kunstfund zu Amtspflichtverletzungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Staatsministerien oder ggfs. durch die Staatsministerin der Justiz und Verbraucherschutz gekommen ist, insbesondere ob Pflichten im Hinblick auf die Information der zuständigen Staatsministerin bzw. des Staatsministers und des Ministerpräsidenten nach § 14 Abs.1 Satz 3 der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung (StRGeschO) missachtet wurden;
- im Rahmen ihrer bundespolitischen Handlungsmöglichkeiten dafür zu sorgen, dass Kunstwerke, die während des Nationalsozialismus geraubt, beschlagnahmt oder unter Zwang bzw. Druck verkauft wurden, den rechtmäßigen Eigentümerinnen und Eigentümern zurückgegeben werden können;
- soweit es dafür erforderlich sein sollte, eine entsprechende Änderung der Rechtslage herbeizuführen. Dabei ist über die begrüßenswerte angestrebte Initiative der Staatsregierung im Hinblick auf eine Beseitigung der Einrede der Verjährung hinaus ein Kunstrückgabegesetz zu prüfen: Dieses soll nicht nur nach österreichischem Vorbild staatliche Institutionen rechtlich verbindlich zur Provenienzforschung und gegebenenfalls zur Kunstrückgabe verpflichten, sondern auch eine Restitutionspflicht in Bezug auf kommunale und private Sammlungen sowie den Kunsthandel miteinbeziehen;
- die Mittel für die Provenienzforschung nicht nur wegen des Münchner Kunstfonds, sondern der generellen Rückgabeverpflichtung öffentlicher Museen und Sammlungen deutlich aufzustocken.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/164

Münchner Kunstfund: Konsequenzen ziehen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Sepp Dürr

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Jürgen W. Heike

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Oliver Jörg

Abg. Georg Rosenthal

Staatssekretär Bernd Sibler

Abg. Dr. Thomas Goppel

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Münchner Kunstfund: Konsequenzen ziehen (Drs. 17/164)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. und Fraktion (SPD)

Konsequenzen aus dem Kunstfund in Schwabing ziehen (Drs. 17/179)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist in den letzten Wochen viel darüber gesprochen worden, wie einmalig der Münchner Kunstfund ist. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass der Fall Gurlitt in vielerlei Hinsicht beispielhaft ist. Er zeigt erstens, dass unsere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen eine ständige unerledigte Aufgabe bleibt. Immer wieder stellt sich heraus, dass es nach so vielen Jahren keinerlei Routine gibt, ja nicht einmal eine ausreichende Rechtsgrundlage.

Er zeigt zweitens auch, wie schwer sich bayerische Behörden wie etwa die Staatsanwaltschaft tun, wenn etwas den Rahmen ihrer gut organisierten Alltagspraxis übersteigt. In solchen Fällen lastet das ganze Gewicht perfekter bayerischer Bürokratie tonnenschwer auf den Zuständigen, und ihr Handeln wird extrem schwerfällig.

Wie im 19. Jahrhundert begreift der Staat das Interesse der Öffentlichkeit, die weltweite Aufmerksamkeit, das Know-how und Wissen unterschiedlichster Interessengruppen und Einzelner nicht als Hilfe und Anerkennung, sondern als Hindernis und Störfaktoren. Stattdessen soll Ruhe und Stillhalten immer noch erste Bürgerpflicht sein, bis der Staat seiner vermeintlich so professionellen Arbeit nachgegangen ist und irgendwann

damit fertig ist. Man hätte am liebsten, dass die Bürgerinnen und Bürger so lange Ruhe geben.

Drittens zeigt dieser Fall, wie ineffizient und störanfällig die bayerische Staatsverwaltung agiert, wenn es wirklich darauf ankommt, und wie wenig bayerische Minister ihre Ministerien im Zweifel im Griff haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anscheinend hat sich die Staatsbürokratie partiell verselbständigt und agiert in solchen Fällen ohne politische Steuerung. Das sind drei gewichtige Tatbestände, und jeder für sich erfordert, dass wir die Debatten, die wir in der letzten Woche im Landtag hatten, fortsetzen und Konsequenzen ziehen.

Zum ersten Punkt, den fortdauernden Folgen des Nationalsozialismus: Es ist ein unerträglicher Missstand, dass wir immer noch nicht die rechtlichen Voraussetzungen haben, um Schäden wieder gutzumachen, die damals durch singuläres Unrecht entstanden sind. Darüber sind wir uns alle weitgehend einig. Es geht um Straftaten, die als Bestandteil von Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Die Nazis wollten die Juden ausrotten, und sie wollten die kulturelle Moderne ausrotten. In diesem Zusammenhang haben sie auch geraubt, gestohlen, erpresst und sittenwidrige Geschäfte erzwungen. Diese Straftaten können nicht wie banale individuelle Straftaten behandelt werden und einfach verjähren. Für uns ist es unerträglich, dass Nutznießer dieser Verbrechen bis heute mit ihrem Profit und ihrem erschwindelten Erbe davonkommen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Deshalb sind wir Ihnen, Herr Justizminister, dankbar für Ihre Initiative, die Möglichkeit der Einrede der Verjährung zu beseitigen. Ich hoffe, dass dies auch vorangeht. Aber das reicht nicht. Wir meinen, dass es höchste Zeit für ein Kunstrückgabegesetz ist. Dies soll nach österreichischem Vorbild staatliche Institutionen rechtlich verbindlich zur

Provenienzforschung und gegebenenfalls zur Kunstrückgabe verpflichten. Zudem soll es eine Restitutionspflicht in Bezug auf kommunale und private Sammlungen enthalten, auch für den Kunsthandel. Das ist also eine Erweiterung im Vergleich zu Österreich.

Nur mit einem Kunstrückgabegesetz wird aus dem sogenannten Soft Law der Washingtoner Erklärung eine verlässliche Rechtsgrundlage. In Österreich wurde dadurch aus der Holschuld der möglichen Eigentümer eine Bringschuld des Staates. Etwa 20 Experten sichten die Bestände der Bundesmuseen. Rund 300 Fälle hat der Kunstrückgabebeirat seit 1998 erledigt. Im Vergleich dazu sind die bayerischen Bemühungen sehr bescheiden.

Deshalb muss es unser Anliegen sein – darauf haben wir in den letzten Jahren mehrfach hingewiesen –, dass der Freistaat seine Anstrengungen für die Provenienzforschung erheblich intensiviert. Es geht ja nicht nur um die Bilder, die jetzt bei Gurlitt gefunden wurden. Bayern hat das Personal kürzlich aufgrund des hohen internationalen Interesses sogar verdoppelt, nämlich von einer auf zwei Personen. Im Vergleich zu den 20 österreichischen Experten ist das sehr bescheiden. Dies reicht schon nicht für den aktuellen Fall, geschweige denn für alle noch nicht aufgedeckten Fälle.

Nicht zu Unrecht kritisierte die "Süddeutsche Zeitung" bereits vor einem Jahr das Schneckentempo bisheriger bayerischer Provenienzforschung und Restitutionsbemühungen. Sie schrieb damals: "Ein Bild pro Jahr ist zu wenig." Das ist nämlich der bisherige bayerische Erfolg.

In diesem Zusammenhang ist es auch unerträglich, dass der Kunstminister zur Sache schweigt und nichts tut. Er tut immer so, als wäre er nicht zuständig. Er war nur kurz zufällig einmal der Nachbar von Gurlitt. Das ist alles, was er damit zu tun hat. Er hat in dieser Sache noch keinen Satz gesagt, jedenfalls keinen vernünftigen Satz. Er sagte, er sei bereit, etwas zu tun. Er soll aber nicht nur bereit sein, etwas zu tun, sondern er muss etwas tun. Schließlich ist er für die Provenienzforschung zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsanwaltschaft hat dankenswerterweise im Wissenschafts- und im Verfassungsausschuss viele Fragen klären können. Es ist klar geworden, dass die Hauptverantwortung für das eklatante Versagen der Staatsregierung nicht bei ihr liegt, sondern bei den zwei zuständigen Ministerien. Trotzdem sind noch viele Fragen offen.

Eine Frage betrifft das Tempo, mit dem die Staatsanwaltschaft den Fall hätte aufklären wollen. Was hat man sich im stillen Kämmerlein gedacht? Wie viele Jahre wollte man noch in Seelenruhe so vor sich hin ermitteln und beschlagnahmen? Ich weiß bis heute nicht, wie lang das hätte dauern sollen.

Die Staatsanwaltschaft hat – da ist sie vorbildlich gewesen – den Fund nach oben gemeldet und Fachexperten beigezogen. Aber warum hat man nicht früher nach mehr Hilfe gerufen? Man hätte doch sehen müssen, dass das so nicht funktioniert. Man hätte früher rufen müssen. Völlig absurd bleibt die Vorstellung der Staatsanwaltschaft, sie hätte die Eigentümerschaft von 1.400 Werken in diesem Schneckentempo allein aufklären können. Man hat nicht gesehen und sieht offenbar bis heute nicht, wie sehr die Hilfe auch möglicher Anspruchsberechtigter zur Aufklärung nötig ist. Das ist eine Aufgabe, mit der der Staat allein überfordert ist. Dass hier die Einsicht fehlt, dass manches nur mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger geht, ist für die bayerische Bürokratie leider beispielhaft.

Eine weitere Frage an die Staatsanwaltschaft ist die Frage nach der Fürsorgepflicht gegenüber dem Beschuldigten. Auch diese Frage haben wir schon einmal aufgeworfen, nämlich dass man den Beschuldigten damit nicht alleine lassen kann. Hierzu wurde schon vieles im Ausschuss ausgeräumt. Aber ein zentraler Punkt konnte trotzdem nicht aufgeklärt werden, und zwar ob die Staatsanwaltschaft ihre Pflichten im Hinblick auf § 141 Absatz 3 der Strafprozessordnung erfüllt hat, nämlich ob sie dafür hätte sorgen müssen, dass der Beschuldigte einen Verteidiger bekommt; denn dass der gute Mann damit überfordert ist, kann jeder sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

- Natürlich, nach § 141 kann man während des Vorverfahrens einen Verteidiger beziehen. Die Staatsanwaltschaft ist dafür zuständig, dass dies in den Fällen des § 140 auch passiert.

Damit komme ich zu möglichen Amtspflichtverletzungen. Wir fordern die Staatsregierung auf, Ermittlungen einzuleiten, ob es durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Ministerien zu Amtspflichtverletzungen kam oder ob gegebenenfalls gar die damalige Justizministerin ihre Pflichten verletzt hat.

Es reicht nicht, wenn man die Modalitäten heute verbessert, sondern wir wollen auch, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Sind Pflichten im Hinblick auf die Information der zuständigen Minister und des Ministerpräsidenten nach § 14 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung missachtet worden, und wenn ja, von wem? Der Vergleich mit dem Fall Hoeneß, bei dem frühzeitig mehrere Minister und der Ministerpräsident selber informiert worden sind, zeigt, wie es auch in diesem Fall hätte laufen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU))

- Die Staatsregierung darf sich jederzeit zu Wort melden, aber sie darf von der Regierungsbank aus keine Zwischenrufe machen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich habe Ihnen recht gegeben!)

- Das ist mir völlig wurscht. Auch das macht man von unten.

Das Magazin "Focus" hat letzte Woche aufgedeckt, dass das Wissen um den Fall verbreitet war, und zwar bis ins Innenministerium. Der "Focus" schreibt:

Über den sagenhaften Münchner Kunstschatz waren etliche Spitzenbeamte der bayerischen Justiz und Polizei seit Monaten detailliert informiert.

Dies geschah durch den Generalstaatsanwalt Strötz persönlich.

Der Fall war ausführlich Thema bei der regelmäßig stattfindenden Tagung in Fischbachau zur Organisierten Kriminalität. Dass die Justizministerin und auch der Innenminister von den dort besprochenen Themen nichts mitbekommen haben sollen, muss man uns schon genauer erklären. In anderen Bundesländern, etwa in der Freien und Hansestadt Hamburg, hat die Opposition das Recht auf Akteneinsicht. Dieses Recht haben wir in Bayern leider nicht. Wenn wir etwas mit eigenen Augen nachprüfen wollen, müssen wir immer gleich einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Wir meinen, wir alle, Regierung und Landtag, könnten es leichter haben. Deshalb fordern wir die Staatsregierung nachdrücklich auf, Ermittlungen wegen eventueller Amtspflichtverletzungen einzuleiten, und wir bitten sie außerdem um Einsicht in die Akten, mit denen wir selber nachprüfen können, ob es zu Amtspflichtverletzungen gekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie diesem unserem Anliegen folgen, können Sie uns allen viel Ärger ersparen.
– Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Dr. Dürr. Nächste Rednerin ist Frau Zacharias. Bitte sehr.

Isabell Zacharias (SPD): Liebe Präsidentin – Genossinnen und Genossen wollte ich schon sagen -,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So weit sind wir noch nicht!)

liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich meinen Landesvater sehe: Sie haben eben so schön von einem Obersatz gesprochen. Der Obersatz war die Vollbeschäftigung. Das

teile ich mit Ihnen. Wie wäre es mit einem Untersatz, also einer kleineren Maxime, die lautet: "Wenn ich den Eindruck habe, meine Kabinettsmitglieder sind nicht gut, greife ich persönlich ein"? Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar. In diesem Fall hätten Sie unbedingt eingreifen müssen. Die beiden Minister scheinen es nicht hinzubekommen. Beide scheinen nicht – wie soll ich es sagen? – die Emotionalität zu haben, den Herrn am Artur-Kutscher-Platz aufzusuchen, mit zu sprechen.

Denn eines – das will ich jetzt vorwegnehmen – können wir doch nicht machen. Heute steht in der Presse, dass alle Kunstfunde an ihn zurückgegeben werden müssen. Wie stellen wir uns das denn vor? Soll in Schwabing, an der Münchner Freiheit, ein großer Laster vorfahren, die Bilder werden abgeladen, und dann steht da ein Lieferant und sagt: Herr xy, wollen Sie ganz kurz den Empfang quittieren? – Wir müssen uns doch Gedanken darüber machen, wo diese Bilder, diese Kunstwerke, hinkommen. Herr Seehofer, ich bitte Sie inständig, sich darum zu kümmern. In der letzten Legislaturperiode habe ich Sie, auch wenn Sie damals noch kein Kollege, aber doch Landesvater waren, bei kunstpolitischen Herausforderungen immer so erlebt, dass Sie die Verantwortung übernommen und die Entscheidungen getroffen haben. Machen Sie das bitte in diesem Fall auch; denn es ist Eile geboten.

Jetzt zur Sache. Kolleginnen und Kollegen, der Schaden ist da.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU))

- War das jetzt zu viel für Sie?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU))

Wir sind eben keine Freunde, Herr Seehofer. Wir sind Partner im Bund, aber ob wir hier Freunde und Freundinnen werden, weiß ich nicht. Das wird sich noch zeigen.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt zur Sache. Es ist nämlich nicht spaßig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es denn hier? - Sepp Dürr hat es ausgeführt. Wir sind mit einem Kunstfund befasst, der sensationell ist, der insofern einzigartig ist, als sich am Artur-Kutschner-Platz sicherlich nicht weitere Hunderte von Kunstwerken finden lassen werden. Aber ich sage Ihnen: Es wird viele Gurlitt-Fälle geben, wenn auch vielleicht nicht in dieser Dimension. Ich vermute, dass in vielen Kellern und auf vielen Dachböden noch Kunstwerke schlummern. Dafür gibt es gar keinen Plan. Der Freistaat Bayern war planlos, ohne jegliche Idee, wie man damit umgeht. Es fehlte jegliche Vorstellung, wie man das juristisch klären kann. Aber die nächste Herausforderung ist die der moralisch-ethischen Dimension. Da sind Sie blank, und das ist ein großer Schaden nicht nur für den Freistaat Bayern, sondern auch für Deutschland, und ich weiß nicht, wie wir das geraderücken wollen.

Unser Antrag geht dahin, dass wir jetzt Konsequenzen ziehen müssen. Der Schaden ist da. Nun gilt es zu schauen: Wie können wir in die Zukunft gehen? Das ist unser Auftrag. Das ist Ihr Auftrag, das ist mein Auftrag, das ist der Auftrag des Hohen Hauses.

Wir müssen einmal – darin sind wir uns einig – die Provenienzforschung ausweiten, und zwar spürbar. Sepp Dürr, du hast es eben schön gesagt: Bei einem Bild pro Jahr ist die Provenienz geklärt worden. Ich meine, Mathe-Kompetenz besitzen wir im Hohen Hause alle. Wie viele Jahre das bei 1.400 Bildern und einer Person gewesen wären, will ich gar nicht ausmalen.

(Markus Rinderspacher (SPD): In Bayern ist es wie im alten Ägypten!)

Wir wissen, dass es eine große Herausforderung darstellt, dass wir die Provenienzforschung im Freistaat Bayern ausweiten müssen. Daher bitte ich Sie, im Nachtragshaushalt unbedingt Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Das können die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen nicht noch nebenher finanzieren. Das kann nicht das Haus - - Vom Wissenschaftsministerium ist ja gar keiner mehr da! Aber das macht

nichts. Es geht ja nur um die größte Blamage des Hauses. – Dort hinten ist er. Bernd Sibler, das ist jetzt echt wichtig für Ihr Haus! Vielleicht mögen Sie mir lauschen.

In den Nachtragshaushalt müssen Mittel hierfür eingestellt werden, um sicherzustellen, dass entfristete Stellen, nicht aber auf drei Jahre projektierte Stellen zur Verfügung gestellt werden. Vielmehr muss es nachhaltig unbefristete Stellen für Männer und Frauen in der Provenienzforschung geben, und das zeitnah. – Das ist das eine.

Das Zweite ist übrigens ein Wunsch aus der jüdischen Community. Es rauschen ja immer wieder einmal Gerüchte durch die Blätterlandschaft, dass das eine Finanzamt oder die andere öffentliche Behörde davon Kenntnis hat, dass sich irgendwo noch ein Bild bzw. Kunstwerk befindet, welches wohl nicht ganz mit rechten Dingen - - Ich will es einmal konkret sagen: welches Raubkunst oder "entartete Kunst" sein könnte. Wir müssen in den Räumen, zu denen wir Zugang haben – zu privaten Häusern haben wir zum Glück keinen Zugang, aber zu staatlichen Einrichtungen haben wir Zugang - vollumfänglich sicherstellen, dass dort keine sogenannte entartete Kunst oder Raubkunst hängt, steht oder liegt. Dafür müssen wir Mittel zur Verfügung stellen, und wir müssen diese Kunstwerke möglicherweise auch zurückführen.

Nun zum letzten Punkt. Das schlägt ja nun wirklich dem Fass den Boden aus: Zur Erinnerung und für alle, die die beiden Berichte im Kultur- und im Verfassungsausschuss nicht gehört haben: Am 28. Februar 2011 fand jene Durchsuchung am Artur-Kutschner-Platz statt. Wer da so alles dort hineingelaufen ist: die Polizei, Kunstsachverständige sind mit hineingegangen. Man hat alle Bilder beschlagnahmt. Die juristische Grundlage will ich jetzt gar nicht bewerten. Ich bin keine Juristin.

Auf den Tag genau ein Jahr später, am 28. Februar 2012, findet – das ist so blamabel! – eine Veranstaltung im Jüdischen Museum hier in München statt, mit Herrn Heubisch, mit Frau Bambi, die ja die Provenienzforscherin in Bayern ist, und da wird ein Projekt vorgestellt, welches ich Ihnen gerne nenne: "Schicksal jüdischer Kunstsammler und Händler in München 1933 bis 1945". Dieses Projekt war auf drei Jahre angelegt

und sollte genau jene Geschichte gründlich betrachten. Herr Heubisch gibt sogar noch eine großartige Pressemitteilung hierzu heraus und sagt, wie wichtig die Provenienzforschung ist, wie wichtig es ist, zu restituieren, also an den eigentlichen Eigentümer oder die eigentliche Eigentümerin zurückzuführen, und dass das auch sein Thema ist. – Ich habe letztens ein paar Leute getroffen, die ebenfalls an dieser Veranstaltung teilgenommen und diese auch maßgeblich organisiert haben. Sie haben, als sie mitbekommen haben, wann die Durchsuchung, wann die Beschlagnahme war und wie lange der Freistaat Bayern informiert war, einmal zurückgerechnet. Ich will mir jetzt keine Rüge einfangen. Aber "verhohnepipelt" ist ein ganz sanfter Begriff für das, was die jüdische Community zu diesem Umstand sagt.

Minister Heubisch wusste es an dem Tag. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass er es nicht wusste. Toni Schmid war auch dabei. Und diese Herren wollen mir erzählen, dass sie das nicht gewusst haben wollen, als sie ein Jahr später gemeinsam mit Frau Bambi, der Frau, die die Provenienzforschung betreibt, auf dem Podium erklären, wie wichtig das ist? Wer seinen Laden so führt, der kann nicht Minister sein.

(Inge Aures (SPD): Der ist erledigt!)

Alle Posten darunter will ich jetzt gar nicht benennen, weil man dafür nicht politisch gewählt werden muss. – Das ist unglaublich! Hier will ein Minister nichts gewusst haben.

Dieser Bericht wird übrigens nicht freiwillig gegeben. Ich will nur daran erinnern: Die Opposition hat dafür gesorgt, dass im Verfassungs- und im Kulturausschuss auf unseren Antrag hin überhaupt Berichte zum Sachstand, zur Gegenwart, abgegeben wurden. Es ist nicht so, dass die Staatsregierung vor lauter Pein gesagt hat: Oh, jetzt müssen wir das Hohe Haus einmal informieren. Aber das sind wir gewohnt.

Ich möchte unverzüglich einen vollumfänglichen Bericht hören, und zwar genau zu der Frage, wie die Provenienzforschung gesehen wird und welche Konsequenzen man daraus zieht. Denn die Sachverständige hat – man höre und staune – gesagt, Provenienzforschung könne man nicht mit befristeten Stellen projektieren, sondern das sei

eine langfristige Aufgabe. Sie wissen, diesen Forschungsbericht gibt es. Das hätte man also längst umsetzen können.

Meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein tabuisiertes Thema. Das müssen wir aufgreifen, und wir müssen das mit aller Vorsicht und mit allen juristischen Finessen, die geboten sind, klären.

Aber es gibt noch etwas anderes. Eine Provenienzforscherin sagt heute, man müsse dem Herrn alles zurückgeben. Meine Damen und Herren, es gibt auch eine moralisch-ethische Verpflichtung. Wir müssen schauen, dass nicht noch mehr Schaden auf den Freistaat Bayern und/oder auf München, auf Deutschland zukommt. Wir müssen mit aller Sensibilität – Empathie, Feingefühl, nennt man das – genau schauen: Wem gehört welches Bild? Wie können wir dem Herrn helfen, der jetzt vor einem Desaster steht? Jeder kennt ihn. Jeder Kunsträuber auf der Welt kennt ihn. Wir müssen dafür sorgen, dass es ihm, dem Herrn, wieder gut geht, dass es den Bildern wieder gut geht und dass bei den Eigentümerinnen oder Eigentümern die Wunden geschlossen werden können. Das ist unser Auftrag. Das ist der Auftrag des Freistaates Bayern. Das erwarte ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und ich bin gespannt auf die Berichte.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist der Kollege Heike. Bitte schön, Herr Heike.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Dringlichkeitsanträge haben manchmal ihre Tücken, Kollege Dürr. Der Kollege, der sich letzte Woche bei zwei Veranstaltungen im Rechtsausschuss und im Wissenschaftsausschuss zweimal den sehr umfassenden und klaren Bericht des Ministers angehört hat, muss gegenüber der Zeitung zugeben: Ich habe es zwar gehört, aber am nächsten Tag habe ich die Fragen noch einmal gestellt. Herr Kollege Dürr, wenn das politische Arbeit sein soll, dann sind Sie auf dem falschen Dampfer. So können wir nicht miteinander arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt ein Konglomerat von Verdächtigungen und nicht haltbaren Behauptungen. Frau Kollegin Zacharias, es nützt nichts, wenn wir jetzt schreien, haltet den Dieb, aber noch nicht einmal wissen, wer der Dieb ist. Eines ist klar: Wir müssen den Sachverhalt genau prüfen und durchgehen. Ich muss es Ihnen ganz ehrlich sagen: Im Rechtsausschuss waren Sie dabei, dort habe ich Sie auch gesehen. Sie haben dort aufmerksam zugehört. Dort wurde klar und deutlich auf die Amtspflicht hingewiesen, Herr Kollege Dürr. Jemand, der etwas von Juristerei versteht, nämlich der Generalstaatsanwalt, hatte keinerlei Anhaltspunkte für strafbare Handlungen. Die Reaktion des Ministers haben Sie auch schon erfahren. Er wird sicher auch noch etwas sagen. Er hat sich drei Punkte, die für ihn wichtig sind, auf die Agenda gesetzt. Erstens werden Zuleitungen in Zukunft nicht mehr an das Ministerbüro, sondern an ihn persönlich gehen. Zweitens wird es einen monatlichen Jour fixe geben. Drittens ist eine Arbeitsgruppe mit dem Generalstaatsanwalt, der Staatsanwaltschaft und dem Ministerium eingerichtet worden, die übrigens bereits das erste Mal getagt hat. Hier wird also etwas getan.

Ihre Hinweise auf Provenienzforschung und so weiter sind völlig in Ordnung. Ich sage Ihnen aber auch dazu: So einfach können wir es uns nicht machen, weil wir noch keine Fakten dazu haben. Ich möchte Sie hören, wenn wir Leuten irgendwelche Sachen wegnehmen, die deren Eigentum sind, und es sich hinterher herausstellt, dass wir ihnen die Sachen weggenommen haben, obwohl dies uns gar nicht zusteht. Dann kommt auch noch das österreichische Gesetz dazu, auf das Sie bitte nicht mehr verweisen sollten. Das gilt nur für staatliche Sachen. Wir müssen aber auch im privaten Bereich suchen. Das war Ihr Wunsch. Privatrechtlich ist die Sache problematisch.

Auch wenn ich Geld einsetze, kann ich nicht alles lösen, Frau Kollegin. So geht es nicht. Es muss sauber, ordentlich und akribisch gearbeitet werden. Andernfalls hätten Sie als Erste den Zeigefinger erhoben und gesagt, es ist nicht ordnungsgemäß gelaufen. Lassen Sie bitte die Ermittlungsbehörden arbeiten, soweit etwas vorhanden ist.

Es gibt Situationen, in denen auch mehr als drei Jahre Arbeit notwendig sind. Wir können mit unserem Wissen gar nicht sagen, wie lange das Verfahren dauern darf. Die Insider – ich habe mich extra mit zweien unterhalten, nicht mit der jetzt Betroffenen – sagen übereinstimmend, dass sehr genau gearbeitet werden müsse. Nach der Methode "Pi mal Daumen" dürfen wir nicht vorgehen, sonst würden wir gegen das Grundgesetz in massiver Art und Weise verstoßen.

Zusammenfassend muss ich sagen: Privates Eigentum bleibt so lange privates Eigentum, bis der Beweis des Gegenteils erfolgt ist. Wir können nicht einfach irgendetwas wegnehmen. Die Diskussion, die wir hier führen, ist für die Menschen draußen bei Weitem nicht so wichtig wie manches andere Thema, über das wir uns in der nächsten Zeit unterhalten müssen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner in dieser Debatte ist Professor Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht noch einmal zurück zu dem, was passiert ist: Ein älterer Herr ist kurz vor seinem 80. Geburtstag mit 8.000 Euro im Zug aufgegriffen worden. Dann wurde eine ganze Lawine losgetreten. Eine Hausdurchsuchung fand statt, bei der 1.400 Kunstwerke beschlagnahmt worden sind. Aufgrund der Beschlagnahme dieser 1.400 Kunstwerke ist eine große Maschinerie in Gang gesetzt worden. Zuvor war schon die Staatsanwaltschaft tätig. Dann begann, wenn auch in ganz kleinem Maße, eine Provenienzforschung, die Ministerien wurden informiert, nur die Staatsregierung hat angeblich über zwei Jahre niemand informiert. Es geht um 1.400 Kunstwerke, deren Wert mit einer Milliarde in der Presse viel zu hoch angesetzt wurde. 30 bis 70 Millionen dürfte der Wert sein. Niemand informierte angeblich die Staatsregierung.

Da stellt sich schon die Frage, wie groß das Vertrauen in die Staatsregierung ist. Wie intensiv ist die Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Staatsanwaltschaften und denjenigen, die die Verantwortung tragen? Das ist nun einmal die Staatsregierung. Diese Frage sollte man in nächster Zeit klären. Die Anträge dazu liegen vor. Wir werden auch dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, weil es für uns ganz entscheidend und ganz wichtig ist, warum die Staatsregierung nicht informiert worden ist oder ob sie überhaupt informiert worden ist und ob es Amtspflichtverletzungen gibt.

Es ist doch seltsam, dass über einen solchen Sensationsfund in dieser Größe außerhalb des Beamtenapparats nicht auch in der Kantine oder im privaten Kreis geredet wird. Warum landet der Sachverhalt nicht bei der Ministerin, wenn er schon im Ministerbüro gelandet ist? Das ist doch erwiesen. Da muss schon vieles nicht stimmen, wenn über einen solchen Vorgang nicht berichtet wird. Es ist schon etwas seltsam, dass die damalige Justizministerin, um die es jetzt auch geht, heute wieder nicht hier ist. Schon beim Fall Mollath und im NSU-Untersuchungsausschuss haben wir uns die Frage gestellt, ob sich diese Ministerin für ihr Ressort in irgendeiner Weise interessiert hat. Ich glaube es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Wie geht es weiter? - Zügig muss es weitergehen. Wir können uns nicht mehr so viel Zeit lassen. Auch transparent muss es weitergehen. Nachdem der Fall langsam wieder aus den Medien verschwindet, ist es wichtig, dass er bei uns nicht verschwindet. Ich habe eben den Fall Mollath angesprochen. Ich habe mitbekommen, dass vieles, was damals auch von der Bundesjustizministerin versprochen wurde, überhaupt nicht verwirklicht worden ist. So etwas möchte ich beim Fall Gurlitt nicht. Ich möchte nicht, dass man Versprechungen vergisst, wenn der Fall in der Öffentlichkeit etwas in den Hintergrund rückt. In nächster Zeit muss zügig und transparent weitergearbeitet werden. Dafür sind die Dringlichkeitsanträge wertvoll.

Dabei setze ich auch ganz bewusst auf den neuen Justizminister. Sein Bericht – das sage ich ganz offen – hat gute Ansätze gehabt. Ich bin guten Mutes, Herr Bausback, dass Sie sich dieser Sache intensiver annehmen als Ihre Vorgängerin. Darum würde ich auch bitten. Der Bericht, der bei uns im Kunstausschuss, aber auch im Verfassungsausschuss gegeben wurde, hat ähnlich wie das, was der Staatsanwalt gesagt hat, Anlass zu Hoffnung gegeben.

Für mich ist die Frage des Eigentums ganz entscheidend. Da stimme ich Ihnen zu, Herr Heike. In dieser Frage müssen wir sehr vorsichtig sein. Bei 1.400 Werken müssen wir exakt klären, wem was gehört. Vorschnell ist in öffentlichen Stellungnahmen fremdes Eigentum schon an Museen, die fiktiv gebaut worden sind, verteilt worden. Wir müssen hier sehr genau prüfen. Wenn ich es richtig verstanden habe, stellt Provenienzforschung kein Eigentum fest. Provenienzforschung geht nur der Frage nach, ob Eigentum erschüttert werden kann. Die Eigentumsvermutung und den juristischen Anspruch macht die Provenienzforschung nicht fest; sie klärt nicht das Eigentum. Dazu muss man noch mehrere Schritte gehen.

(Zuruf von der SPD)

- Genau, das ist der nächste Schritt.

Das müssen wir tun; denn gerade vor dem Hintergrund der Geschichte dürfen wir jetzt nicht selbst staatliches Unrecht begehen. Das ist ganz wichtig, da muss man vorsichtig sein. Für mich wäre es am schönsten, wenn sich alle Beteiligten – was mit Herrn Gurlitt nicht ganz leicht ist – an einen Tisch sitzen würden, um voranzukommen. Das wäre wahrscheinlich der Weg, der uns am weitesten bringen würde. Man sollte noch einmal intensive Bemühungen unternehmen und Herrn Gurlitt – wir alle hier hatten kein Gespräch mit ihm – vielleicht auch nahelegen, sich einen Anwalt zu nehmen. Ich glaube, in diesem Fall wäre das sehr notwendig, um weiterzukommen.

Eine letzte Bemerkung, aufbauend auf dem, was die Vorredner Sepp Dürr und Isabell Zacharias gesagt haben: Es geht nicht nur um den Fall Gurlitt. Er hat wieder ein

Schlaglicht auf die gesamte Situation in den deutschen und auch in den bayerischen Museen geworfen. Ich hoffe, dass dies ein Aufruf an alle war, jetzt in die Provenienzforschung zu investieren, sie ernst zu nehmen, aber auch ein Aufruf an die Museen, nicht zu warten, bis vielleicht die Staatsregierung, bis der Landtag auf sie zukommt, sondern sich selbst dieser Aufgabe anzunehmen. Es ist eine ganz hehre Aufgabe jedes deutschen Museums, seine Archive und auch das, was hängt, daraufhin durchzusehen, wo die Bilder herkommen, und zu prüfen, wem sie gehören. Ich glaube, nein, ich bin sicher, dass das Deutschland, dass das Bayern, dass das jedem Museumsdirektor sehr gut ansteht. Insofern ist das eine Aufforderung an alle Museumsdirektoren, auch diese Aufgabe ernst zu nehmen. Lieber fehlt anschließend ein Bild, das dem ordnungsgemäßen Eigentümer zurückgegeben wurde, als dass es in den Archiven der Museen lagert. Insofern haben wir einiges vor uns.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten den Blick intensiv darauf richten, auch als Ausschuss für Hochschule und - in diesem Falle - Kunst. Ich fordere dazu auf und bitte auch die zuständigen Minister, sich dieser Aufgabe intensiv anzunehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Als Nächster hat sich Staatsminister Professor Bausback zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Verehrter Herr Kollege Dürr, Frau Zacharias, wenn ich Ihre Ausführungen höre, fällt mir spontan ein Zitat meines Lieblingskabarettisten ein, das ich Ihnen am Ende zum Besten geben werde. Mich erschüttert schon etwas, mit welcher unglaublichen Ungenauigkeit und Effekthascherei mit einem sehr wichtigen Vorfall umgegangen wird, der in der Tat grundsätzliche Fragen rechtspolitischer Natur und grundsätzliche Fragen des Umgangs mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte aufwirft.

Mir war von Anfang an ein Anliegen, transparent und offen zu agieren. Um es klar zu sagen: Ich habe beiden Ausschüssen unmittelbar, nachdem dieser Fall bekannt wurde

und die Ausschüsse konstituiert waren, angeboten, umfassend zu berichten. Ich bin in den Wissenschaftsausschuss gekommen und habe gesagt, dass es sich um einen komplexen Fall handelt. Es bestand die Befürchtung, dass ich zu lange rede. Ich habe gesagt: Ich bemühe mich, aber ich muss es genau machen. Ich habe beispielsweise im Rechtsausschuss und im Wissenschaftsausschuss angeboten, Herr Dürr, dass zu der Frage der OK-Tagung, über die im "Focus" berichtet wurde, der zuständige Generalstaatsanwalt Strötz Ausführungen macht. Ich habe auch klar gesagt, dass es im Haus hierzu einen allgemeinen Bericht gibt. Wie bei vielen Fachtagungen war ein Vertreter des Hauses dort und hat einen kurzen Bericht abgegeben, aus dem sich aber insoweit wenig Substanz zusätzlich zu den anderen Berichten, die ich Ihnen in aller Deutlichkeit dargelegt habe, ergeben hat.

Ich meine schon, dass wir Transparenz geschaffen haben. Ich verstehe insoweit nicht ganz, was Sie mit Ihren Anträgen wollen. Natürlich hat es ein Informationsdefizit gegeben – das ist klar. Nachdem ich von dem Fall erfahren habe, habe ich daraus sofort in alle Richtungen Konsequenzen gezogen. Ich habe dafür gesorgt, dass es eine Vereinbarung der beteiligten Häuser gibt. Am Montag stand der Bericht im "Focus" – am Freitag gab es auf Arbeitsebene eine Einigung zwischen dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, meinem Haus und dem Kultusministerium. Ich habe im Ministerium, was die Informationsweitergabe angeht, klare Schritte festgelegt, sodass ich hoffe, dass meine Strukturen jetzt so sind, dass ich von politisch relevanten Vorgängen informiert werde. Rechtspolitisch habe ich im Haus sofort darum gebeten, diese Dinge aufzugreifen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Er kann sich gerne am Ende melden; jetzt möchte ich aber meinen Gedanken zu Ende führen.

Sie sagen, dass dies alles nicht genug ist und dass die rechtspolitischen Dinge verschlafen würden. Frau Zacharias, da Sie das große Wort führen, muss ich doch ein-

mal eines sagen. Die Tagung, die Sie ansprechen – wir haben das gerade noch einmal nachvollzogen –, fand im Februar 2012 statt; die Beschlagnahme - das habe ich im Ausschuss auch dargelegt – war Ende Februar, Anfang März 2012. Ich glaube, es war der 29. Februar; denn es handelte sich um ein Schaltjahr. Das fand unmittelbar im gleichen Jahr statt. Machen Sie sich bitte sachkundig, bevor Sie Dinge behaupten.

(Beifall bei der CSU – Isabell Zacharias (SPD): Nein, nein; vorher!)

Das Wissenschaftsministerium sagt ganz klar, dass diese Tagung über die Provenienz 2012 stattfand, auf der Herr Kollege Heubisch, der heute nicht mehr da ist, gesprochen hat. Die Beschlagnahme war auch 2012. Das habe ich in meinem Bericht auch ausgeführt.

Das ist nur ein Punkt, an dem man sieht, wie ungenau Sie argumentieren. Kollege Dürr spricht davon – ich habe Sie richtig verstanden –, dass es um die Verjährung von Straftaten geht. – Herr Dürr, Sie waren doch im Rechtsausschuss anwesend. Es geht nicht um die Frage der Verjährung von Straftaten, sondern es geht um die Verjährung von Herausgabeansprüchen, die im Moment im BGB geregelt ist und über die wir uns Gedanken machen müssen.

Dies alles wäre nicht schlimm, wenn es nicht um eine ganz zentrale Fragestellung ginge, nämlich um die Frage, die mit dem Fall Gurlitt aufgetaucht ist, an der deutlich und plastisch wurde, dass es eben einzelne Eigentumsgegenstände gibt, die Opfern des Nationalsozialismus gehörten, die enteignet, beraubt, zum Teil ermordet wurden, die jetzt auftauchen und möglicherweise ihr Eigentum erkennen und einen Herausgabeanspruch geltend machen und dann möglicherweise Verjährung entgegengehalten bekommen. Das ist ein ernstes rechtspolitisches Problem. Das ist eine Frage, die die Verantwortung von Deutschland und Bayern im Hinblick auf die Aufarbeitung dieses Unrechts berührt, die die Verantwortung gegenüber den Opfern berührt.

Tun Sie doch nicht so, als ob Bayern geschlafen hätte, als ob Bayern die Sache allein verschlafen hätte! 2001 gab es im Bundesrat eine Initiative, die Bayern mit Nachdruck

unterstützt hat, die Frage der Verjährung anzugehen. Diese Initiative wurde von der Justizministerkonferenz 2002 nochmals aufgegriffen. Wenn ich mich recht entsinne, gab es 2001, 2002 einen Außenminister – ich glaube, er hieß Joschka Fischer; er war von Ihrer Fraktion –, der sich auch mit diesen Themen befasst hat. Ich wundere mich aber, dass er und Frau Justizministerin Zypries in einer Regierung waren, die dann 2005 den Ländern geschrieben hat, dass sie dieser Anregung nicht nachkommen will. Ich meine, es ist schon relativ scheinheilig,

(Beifall bei der CSU)

jetzt so zu tun, als ob das die Bayerische Staatsregierung verschlafen hätte. Natürlich hätten wir auch früher initiativ werden müssen. Das ist aber ein Problem der Bundesebene. Die Bundesregierungen und auch der Alliierte Kontrollrat nach dem Krieg haben die Rechtslage so belassen oder so gestaltet. Das ist nicht eine Sache, die erst heute aufkommt.

Wir gehen jetzt daran. Wir prüfen das. Wir machen das mit Sachkunde. Wir haben Transparenz geschaffen. Wir haben Ihnen die Informationen zur Verfügung gestellt, die ich hatte. Wir hätten Ihnen im Ausschuss noch mehr erzählt. Sie haben aber gesagt, es reicht für diesen Tag. Sie waren offensichtlich erschöpft. Wir hätten noch ein bisschen weitergemacht. Bezüglich der Provenienz-Themen wird Herr Kollege Sibler noch ergänzend vortragen. Was ich aber bei der SPD-Seite und bei Herrn Kollegen Dr. Dürr nicht verstehe: Warum hier ein Antrag – ich kann es fast sagen – hingerotzt wird, der im Wesentlichen anfragt - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine etwas parlamentarischere Wortwahl sollte auch ein Staatsminister haben! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das sagt der Richtige!)

- Gut, ich mache es auf die noble Art, ich nehme das Wort "hingerotzt" zurück und sage: Mit welcher Oberflächlichkeit hier formuliert wurde, wundert mich schon.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Minister, Ihre Wortwahl gerade eben war inakzeptabel!)

- Wissen Sie, was mir in den Kopf kam, als ich die Wortbeiträge von Herrn Kollegen Dr. Dürr, Frau Zacharias und Herrn Halbleib hörte? – Wie gesagt, für das Wort "hingerotzt" entschuldige ich mich. Mir kam Vince Ebert in den Sinn. Er hatte einmal folgende Feststellung getroffen, an der viel dran ist: Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Kleinkinder, lange bevor sie reden, schon denken. Bei Erwachsenen – so Vince Ebert – sei das leider nicht immer der Fall. Irgendwo hat mich diese heutige Debatte darin bestärkt, dass ich dieses Zitat durchaus als wahr empfinde.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ein peinlicher Auftritt!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Pult. Herr Staatsminister, ich denke, wir alle, und das gilt auch für die Staatsregierung sollten es uns nicht zur Übung machen, den Kolleginnen und Kollegen das Denken abzusprechen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Sowas Humorloses! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Neutralität!)

Jetzt hat sich Herr Dr. Dürr zu einer Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Staatsminister, um die Arroganz der Macht zu demonstrieren, sind Sie noch ein bisschen klein. Da müssen Sie noch wachsen. Da nützt es auch nichts, wenn man rotzfrech ist. Das nehme ich natürlich wie Sie als unparlamentarischen Ausdruck zurück und sage: Es nützt auch nichts, wenn man unverschämt ist. Auch das kann ich zurücknehmen. Herr Minister, ich bin unsäglich darüber enttäuscht, wie ungenau Sie argumentieren. Das ist Wahnsinn. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Herr Kollege Fischer nicht in unserer Fraktion, sondern nur in unserer Partei war?

(Unruhe bei der CSU)

Vielleicht reden Sie einmal über die wirklich wichtigen Themen. Die wirklich wichtigen Themen sind zum Beispiel, dass sich die Staatsregierung Regeln gibt. In Ihrem Hause und im Hause des Kultusministers gibt es Leute, die sich über diese Regeln hinwegsetzen. Ich möchte von Ihnen wissen: Welche Konsequenzen ziehen Sie gegenüber diesen Leuten? Oder können die sich einfach über diese Regeln hinwegsetzen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Reg' dich doch nicht so auf, das ist ganz ungesund!)

Darauf möchte ich eine Antwort. Das war der erste Punkt.

Das Zweite ist: Wir glauben halt der Justizministerin nicht. Da kann sie noch so labern.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Labern! Labern! Frau Präsidentin, "labern", Rüge!)

Sie kann noch so herumlabern, dass sie fünf Berichte und einen Tagungsbericht nicht bekommen hat. Das glauben wir nicht. Wir möchten mit eigenen Augen sehen, dass es wirklich so ist.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Herr Kollege Dr. Dürr, man kann immer dazulernen. Ich nehme das zur Kenntnis und bedaure, dass ich Herrn Kollegen Fischer in Ihre Fraktion eingeordnet habe. Aber Ihrer Partei gehört er wohl an. Jedenfalls gehörte er ihr damals an.

Ich habe in beiden Ausschüssen Konsequenzen aufgezeigt, die ich im Haus gezogen habe. Ich habe auch klar gesagt, dass ein Informationsdefizit vorliegt. Was soll ich denn sonst noch tun, als das detailgenau zu berichten, was vorgekommen ist? Von meiner Seite wird es in diesem Fall auch weiterhin Transparenz geben. Zu gegebener Zeit werden wir mit unseren rechtspolitischen Forderungen in die Debatte gehen. Die

Bundesratsinitiative wird in der nächsten Zeit folgen. Dann können wir uns darüber austauschen. Wenn Sie bessere Ideen haben, sind wir durchaus aufgeschlossen und können sie gern prüfen.

Wir sollten uns das, was Frau Dr. Berggreen-Merkel im Ausschuss berichtet hat, zu Herzen nehmen: Die Einordnung der Washingtoner Prinzipien und die Grundlage der Restitution in Österreich sind sehr komplex. Das österreichische Restitutionsgesetz kann aus meiner Sicht nicht als ein Vorbild dienen, weil es viel zu kurz greift. Die Washingtoner Prinzipien sind in der Tat, das habe ich auch dargelegt, völkerrechtlich Soft Law, werden aber innerstaatlich als Selbstverpflichtung der öffentlichen Hand umgesetzt. Auch in Bayern gab es hierzu in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen. Dazu wird Herr Kollege Siblinger gleich noch etwas sagen.

Es ist nicht so, als ob es keine Restitutionsgesetze gegeben hätte. Es gab in der Vergangenheit mehrere Restitutionsgesetze, die allerdings mit relativ kurzen Fristen versehen waren. Wir müssen prüfen, was in diesem komplexen Rechtsproblemgebiet sinnvoll und möglich ist. Daran arbeiten wir. Ich bin guter Hoffnung, dass wir zumindest in der nächsten Zeit mit konkreten Vorschlägen aufwarten können.

Nur noch ein Satz am Ende: Ich lese in der Öffentlichkeit von verschiedensten Seiten Überlegungen zu Eigentumsfragen. Ich lese, dass die geschäftsführende noch amtierende Bundesjustizministerin über Vorschläge urteilt, die ich noch gar nicht gemacht habe. Sie glaubt, dass diese Vorschläge verfassungswidrig seien. Mein Ansatz ist: Ich möchte, dass mein Haus prüft, was in dieser schwierigen und komplexen Problemlage möglich ist. Ich möchte nicht darüber nachdenken, was alles nicht geht; denn das führt zu nichts. Wir wollen schauen, was möglich ist, und nicht zerreden, was nicht möglich ist. Das ist unser Ansatz; dieser Ansatz ist konstruktiv. Ich hoffe, dass wir auch in diesem Hause zu einer entsprechenden konstruktiven Diskussion kommen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Unser nächster Redner ist Herr Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Geschätztes Präsidium, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Als kunstaffiner Mensch freue ich mich einerseits über jedes einzelne Bild, das uns in der Presseberichterstattung der letzten Wochen präsentiert wurde. Wir haben eigentlich gedacht, die Bilder wären für immer verschollen. Vielleicht können wir sie in dem einen oder anderen Katalog noch bewundern, aber wahrscheinlich sehen wir sie nie wieder. Andererseits betrachte ich die Bilder und sehe im Geiste eine jüdische Familie im Jahre 1938, die sich in dieser schwierigen Situation und in der dunkelsten Zeit unserer deutschen Geschichte mit Sack und Pack auf den Weg macht und die Bilder, die sie eigentlich mit nach Amerika nehmen wollte, dalassen muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hätte das Justizministerium dran denken sollen!)

Vor dieser großen Dimension reden wir über den Schwabinger Kunstfund und über all das, was uns juristisch, kulturell und historisch bewegt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich will uns nur ermuntern, uns nicht im Klein-Klein zu verlieren, wenn wir über diese Themenfelder reden. Wir sollten uns dieser Dimension im Hohen Haus bewusst sein.

Geschätzte Kollegin Zacharias, liebe Isabell, es ist doch völlig egal, wer das Urheberrecht dafür hat, dass wir darüber im Hohen Haus und in den Ausschüssen Berichte bekommen und uns intensiv damit beschäftigen. Herr Staatsminister Professor Dr. Bausback ist vor der konstituierenden Sitzung unseres Ausschusses auf mich zugekommen und hat gesagt: Jederzeit, zu jeder Stunde komme ich in euren Ausschuss und berichte, gebt mir einfach ein Signal. Ich habe das unserem neuen Vorsitzenden im Ausschuss sofort kommuniziert, und wir haben bei einer unserer ersten Überlegungen, als wir eigentlich nicht inhaltlich reden wollten, geschätzte Kollegin, in der konstituierenden Ausschusssitzung gemeinschaftlich beschlossen, dass wir dieses Thema

im Ausschuss mit einem Bericht engmaschig begleiten. Insofern ist es wirklich nicht richtig, dass es, wie du sagst, eine Initiative der SPD war und dass man nicht weiß, was daraus ohne diese Initiative geworden wäre. Es war eine Gemeinschaftsinitiative.

(Beifall bei der CSU – Isabell Zacharias (SPD): Sie legen mir Worte in den Mund!
Langsam reicht es mir einmal!)

- Schau einmal ins Protokoll und lies genau nach.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, etwas anderes zu tun. Ich weiß nicht, wie es Ihnen in der Opposition gegangen ist, und die Staatsministerinnen und Staatsminister mögen mir verzeihen, wenn ich sage: In meinen ersten fünf Jahren im Parlament durfte ich viele Berichte hören; aber einen Bericht wie den von Professor Bausback, der an inhaltlicher Tiefe, an Ausführlichkeit, an der nötigen Sensibilität, wie mit dem Thema umgegangen und uns darüber berichtet wird, und an der Bereitschaft, im Ausschuss ständig präsent zu bleiben, nicht zu übertreffen war, habe ich selten gehört.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sein Auftreten heute hier war ganz anders.)

Ich bin dankbar, dass uns die Staatsregierung, namentlich Herr Professor Bausback, klar mit auf den Weg gibt, dass sie mit aller Kraft daran arbeiten wird, dass die Herkunft der Bilder geklärt wird. Er redet aber nicht nur, sondern ließ den Worten bereits Taten vorausgehen, indem er eine Task Force mit sechs Experten eingerichtet hat und eine Expertin in unsere Debatten eingebunden wurde.

Zu Ihren Anträgen, geschätzte Kollegin Zacharias. Provenienzforschung in Bayern, ja. Es geht immer etwas mehr. Aber ich möchte doch unterstreichen, dass die Provenienzforschung in Bayern führend in Deutschland angegangen wurde. Wir hatten in Bayern die erste Stelle für Provenienzforschung an den Staatsgemäldesammlungen. Nur so viel.

Es ist auch falsch, wenn Sie den Eindruck erwecken, ein Bild pro Jahr werde erforscht und könnte der Öffentlichkeit vorgestellt oder sogar an Erben jüdischer Eigentümer zurückgegeben werden. Zwölf Bilder wurden restituiert, und mittlerweile sind 200 Bilder in die Datenbank Lost Art eingestellt. Die Herkunft ist ja mit der Provenienzforschung erschüttert. Das heißt, der Forderung nach Provenienzforschung wurde vollumfänglich entsprochen. Die Daten sind veröffentlicht, und wenn wir über 200 Bilder haben, brauchen wir nicht von nur einem Bild im Jahr zu reden. Das wird der Aufgabe, die dort, vor allem in den Staatsgemäldesammlungen, erledigt wird, nicht gerecht.

Im Übrigen werden die staatlichen Museen und Sammlungen bei der Provenienzforschung unterstützt, und gleichermaßen werden – das ist auch ganz interessant – die Nichtstaatlichen von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen unterstützt. Uns ist es gemeinschaftlich gelungen, den Ansatz für die nichtstaatlichen Museen durch die Unterstützung aus dem Kulturkonzept um 1,5 Millionen Euro zu erhöhen. Das sind keine Peanuts, Kolleginnen und Kollegen, und es muss gelingen, damit die Provenienzforschung zu unterstützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war dringend überfällig!)

Im Übrigen unterstützt der Freistaat auch die Arbeitsstelle für Provenienzforschung in Berlin, Herr Ministerpräsident.

Die wichtigste Botschaft ist mir: Lassen Sie uns über die Frage, an welchen Nahtstellen wir in Zukunft noch stärker Unterstützung leisten können, in der gebührenden und nötigen Sorgfalt diskutieren. Das Thema ist mir zu sensibel, um es heute nur zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrags zu machen. Wir sollten uns mit so wichtigen Themenfeldern nicht im Hauruck-Verfahren beschäftigen, sondern uns die nötige Zeit gönnen, vor allem was die Verhandlungen über den kommenden Doppelhaushalt anbelangt.

(Beifall bei der CSU – Karl Freller (CSU): Sehr gut!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Jörg. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Der Kollege Dürr hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Kollege Jörg, Sie erinnern sich vielleicht noch, dass wir das Thema in der letzten Legislaturperiode auf unsere Initiative hin mehrfach im Hochschulausschuss hatten, einmal im Rahmen unserer Interpellation zur Lage der Museen. Außerdem haben wir GRÜNE einen einschlägigen Antrag gestellt, der vom Hochschulausschuss auch in leicht abgeänderter Form gebilligt wurde; denn wir waren uns einig, dass der Staat die Kommunen bei der Suche nach geraubten Bildern deutlich stärker unterstützen muss.

Ich glaube, Sie haben gerade etwas verwechselt. Es gibt zum einen den Fall Gurlitt. Da hat eine Expertin das geleistet, was Sie gerade gesagt haben. Daneben gibt es die reguläre Provenienzforschung, und da gibt es auch eine Expertin.

Seit sich Bayern mit der Provenienzforschung befasst, wurden insgesamt keine 20 Bilder zurückgegeben. In Österreich wurden in demselben Zeitraum fast 300 Bilder zurückgegeben. Das ist auch kein Wunder, weil in Österreich deutlich mehr Leute, nämlich 20-mal so viel wie in Bayern, beschäftigt sind.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzter Kollege Dr. Dürr, Sie verschweigen wieder einmal etwas, nämlich dass exakt im Jahr 2013 eine weitere Stelle mit Sondermitteln unterstützt wird, um weiter voranzukommen. Das sollte man schon erwähnen, wenn man nur von einer Stelle spricht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): 20 Stellen in Österreich!)

Es ist völlig unbestritten, dass man durchaus etwas mehr machen kann. Ich scheue mich auch nicht zu unterstreichen, dass ich das Engagement der Kolleginnen und Kollegen, egal, welcher Fraktion, in diesem Bereich gut finde, und es bestreitet auch

überhaupt keiner im Hohen Hause, dass Sie bei diesem Thema in den letzten Jahren mit unterwegs waren.

Bleiben wir dabei: Lassen Sie uns das Thema für die kommenden Doppelhaushaltsjahre in der nötigen vertieften Sorgfalt auseinandernehmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nichts anderes wollen wir! Das steht doch im Antrag!)

Ich fand an dem Bericht auch so toll, dass er nicht nur beim Inhalt in die Tiefe ging, sondern dass Herr Staatsminister Bausback in der Frage, wie schnell man im Fall Gurlitt die Provenienzen hätte aufarbeiten können, auch durchaus nicht an Selbstkritik gespart hat.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Jörg. Jetzt hat sich noch der Kollege Rosenthal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich war in beiden Ausschüssen und habe Ihre Ausführungen aufmerksam verfolgt. Sie haben zugegeben, dass große Fehler gemacht worden sind. Das ehrt Sie. Meine Frage geht in eine andere Richtung. Dort ist ein Ansehensverlust für Bayern und für die Bundesrepublik entstanden – das ist sicher unstrittig -, und es hat – das haben Sie eingeräumt, und das ist auch unstrittig – Versäumnisse gegeben.

Aber mindestens auf der Ebene 1 unter der Ministerin sind die Dimension und die Dramatik der Fragestellung offensichtlich nicht erkannt worden. Anders kann ich mir nicht erklären, dass selbst der persönliche Referent die Ministerin darüber nicht informiert hat.

Meine Frage an Sie: Wie können Sie sicherstellen, dass dieses Thema durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen in den Ministerien in einer anderen Dimension und einer

anderen Wahrhaftigkeit angenommen wird und solche Versäumnisse nicht zum Schaden des Freistaats Bayern aufschlagen?

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Rosenthal. Nächster Redner ist Staatssekretär Bernd Sibler. Bitte schön.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, gerade zu der aufgeworfenen Frage hat Herr Minister Bausback schon eine ganze Menge gesagt, nämlich dass genau die Organisationsabläufe umgestellt worden sind. Dass der vorgetragene Fall zur extremen Sensibilisierung beigetragen hat, versteht sich von selbst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle, dass wir es hier mit einer komplizierten Materie zu tun haben und nicht nur verschiedene Rechtsgebiete und verschiedene Sachaufgaben, sondern auch verschiedene Ebenen des Föderalismus bzw. der Aufgabenteilung betroffen waren.

Sie erlauben mir, dass ich auf das eingehe, was das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst betrifft. Ich darf darauf hinweisen, dass wir seit vielen Jahren Provenienzforschung betrieben haben. Kollege Jörg hat darauf hingewiesen, dass wir in Bayern die Ersten waren, die sich überhaupt auf Länderebene dieser Aufgabe angenommen haben. Unabhängig vom Fall Gurlitt haben wir zum 1. November eine weitere Fachkraft zur Verfügung. Wir werden darüber hinaus eine weitere Person anstellen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass diese Experten nicht auf Bäumen wachsen. Das sind, wie wir mehrfach gehört haben, extrem schwierige Fachgebiete, die mit der notwendigen Sensibilität behandelt werden müssen. Herr Kollege Jörg hat die Projektfinanzierungen sowie die Maßnahmen im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich genannt. Zu dem Bereich der nichtstaatlichen Museen gehören 1,5 Millionen Euro. Ich

selber habe eine Menge darüber gelernt, wie kompliziert und schwierig es ist, aussagekräftige Fotos zu machen, die in die Datenbank "Lost Art" eingestellt werden können, damit man über die Internetrecherche überhaupt feststellen kann, ob es sich um die gesuchten Bilder handelt, ohne sofort anreisen zu müssen, um die Bilder in Augenschein zu nehmen. Man kann dort nicht schnell mit der Digitalkamera hingehen und die Bilder abknipsen. Darüber haben wir diskutiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat haben wir in den letzten Jahren schon Ergebnisse liefern können. Auf die 200 Bilder ist bereits hingewiesen worden. Liebe Frau Zacharias, sollten sich solche tatsächlich noch in Kellern finden und begründeter Anfangsverdacht über Bilder vorliegen, die noch in irgendwelchen Amtsstuben hängen und problematisch sein sollen, werden wir diesen Fragen nachgehen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Werden Sie unserem Antrag zustimmen?)

Der dritte Spiegelstrich im Antrag der SPD freut mich fast etwas. Das Forschungsprojekt "Das Schicksal jüdischer Kunstsammler und Händler in München 1933 - 1945" wird voraussichtlich im nächsten Jahr die Ergebnisse präsentieren können. Wir sind so weit, dass wir dort ansetzen können. Das Ministerium ist bereit, im Ausschuss zu berichten. Das ist selbstverständlich. Professor Dr. Bausback und Dr. Spaenle haben sich bereit erklärt, in den Ausschuss zu gehen. Das ist eine gute Informationspolitik. Lieber Herr Kollege Dr. Dürr, das ist ein sehr respektvoller Umgang mit dem Parlament und den betroffenen Ausschüssen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das haben wir gelernt! – Volkmar Halbleib (SPD): Das Niveau im Plenum ist deutlich gesunken!)

Die Informationsberichte in den Ausschüssen waren mehr als respektvoll. Das ist entsprechend umgesetzt worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, daran kann niemand rumdeuteln.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Isabell Zacharias, ich hoffe, ich zitiere dich richtig: Zum Glück gibt es keinen Zugang zu privaten Wohnungen. Ich darf festhalten: Diesen Zugang gab es auch nicht für Ludwig Spaenle zur Wohnung Gurlitts.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zur Aussprache vor. Mir liegt jedoch eine Meldung für eine persönliche Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtages von Kollegin Zacharias vor. Sie haben fünf Minuten. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Werte Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! In einem, Oliver Jörg, gebe ich Ihnen recht: Herr Kollege Bausback hat einen sehr guten Bericht sowohl im Kunst- als auch im Verfassungsausschuss gegeben. Das habe ich ihm gesagt. Franz Schindler, das haben wir unter Kollegen auch so ausgetauscht. Dieses Lob scheint ihm zu Kopf gestiegen zu sein. Ich finde es unerträglich, dass der SPD-Landtagsfraktion, in diesem Fall mir, im Hinblick auf diese historische und emotionale Thematik unterstellt wird, dass wir – diese Vokabel will ich nicht wiederholen – etwas so machen. Wenn eine solche Titulierung der Stil dieses Hohen Hauses ist, mache ich mir wirklich Sorgen.

(Widerspruch bei der CSU)

Davon distanzieren mich eindeutig.

(Beifall bei der SPD)

Für mich ist es immer eine Ehre, Abgeordnete zu sein. Ich rotze – das sage ich ganz generell – nie etwas hin. Ich meine es immer aufrichtig und immer ernst. Wenn das irgendjemand mir oder meiner Fraktion gegenüber sagt, ist das nicht der Stil, den ich für demokratisch, anständig und ehrenvoll für dieses Hohe Haus halte.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Dr. Goppel hat sich zu einer Gegenrede gemeldet. Es gibt eine Gegenrede zur persönlichen Erklärung. Ich bitte jedoch alle beteiligten Redner und Rednerinnen, die Stimmung nicht unnötig anzuhetzen. Das sage ich nicht nur zum Herrn Kollegen Dr. Goppel, sondern zu allen. Bitte nehmen Sie das nicht persönlich. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Debatte anständig zu Ende bringen. Jetzt hat Kollege Dr. Goppel das Wort zur Gegenrede. Bitte schön.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Frau Präsidentin, vielen Dank. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich bin der Dienstälteste in diesem Haus. Ich bin seit über 39 Jahren in diesem Hohen Hause und habe viel erlebt. Ich habe sehr viele Diskussionen mitbekommen. Manchmal war ich auch ziemlich heftig beteiligt – das will ich nicht bestreiten. Gelegentlich war ich auch nur Außenstehender.

Ich möchte ausdrücklich festhalten: Herr Kollege Bausback hat seine Schlussfolgerung für die Staatsregierung über einen Vorgang, den er erlebt hat, und eine Umgangsform, die er erlebt hat, mit einem Wort quittiert, das dem Kollegen Dr. Dürr bei fast jeder Sitzung über die Lippen kommt.

(Beifall bei der CSU)

Damit hat Dr. Dürr nicht den Stil des Hauses verletzt? - Jetzt hat er die Gelegenheit der Antwort genutzt, dieselben Worte gleich noch einmal zu gebrauchen. Sehen Sie im Protokoll nach; Herr Kollege. Sich anschließend hinzustellen und den Beleidigten zu spielen, ist nicht der richtige Stil in diesem Haus, darf es auch nicht werden.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das war keine Gegenrede zur Persönlichen Erklärung! – Unruhe – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Drücken Sie auf den Knopf "Revolution"!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: - Nein, das ist noch keine Revolution. Da müsste schon noch mehr kommen. Eine Revolution sieht für mich anders aus.

Zu einer weiteren Gegenrede, die nach unserer Geschäftsordnung möglich ist, hat sich der Kollege Dr. Dürr gemeldet. Bitte schön.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich freue mich, dass Kollege Goppel sein Mütchen an mir kühlen will. Ich fürchte, das wird ihm nicht so ohne Weiteres gelingen. Offensichtlich hat er das schon nötig, sonst hätte er sich nicht hierher gestellt und mich attackiert. Ich habe mich nicht über den Stil des Ministers beschwert. Ich entschuldige mich natürlich auch immer, wenn ich so etwas mache. Das müssen Sie zugeben. Das mache ich nicht nur ironisch, wie heute in diesem Hohen Hause, sondern meine es manchmal auch ernst. Wenn ich mich so attackieren lassen soll und ihr alle meint, ich höre einfach zu und sage nichts dagegen, habt ihr das Wesen der Opposition nicht verstanden. Ihr könnt bei mir in Nachhilfe gehen, wenn ihr mal Zeit habt. Ich nehme mir die Zeit und erkläre euch, wie das geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/164 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/179 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Dringlichkeitsantrag aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen zum vorherigen Tagesordnungspunkt bekannt. Zum Dring-

lichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Li-ma) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Ausländermaut-Debatte darf nicht noch mehr Schaden für Deutschland anrichten" auf der Drucksache 17/163 haben 53 mit Ja und 102 mit Nein gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland ist richtig und fair" auf der Drucksache 17/177 haben 86 mit Ja und 68 mit Nein gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt noch der dritte: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Roos, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine zusätzlichen Belastungen durch geplante Pkw-Maut für Inländer", Drucksache 17/178: Mit Ja haben 52 gestimmt, mit Nein 99. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)